Nr. 48. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, 29. Januar 1896.

Verantwortlicher Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

E. L. **Berlin**, 28. Januar.

Deutscher Reichstag.

25. Plenar-Sitzung vom 28. Januar, 1 Uhr.

Präsident Frhr. v. Buol theilt mit, daß der Kaiser die Glückwünsche des Hauses zum Geburtstage huldreich entgegengenommen habe.

Die zweite Berathung über den Etat des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt bei Kap. 7a Titel 16 „Invaliditäts- und Altersversicherung". Es liegen hierzu die bereits bekannten Anträge Auer u. Gen. und Hitze u. Gen. vor.

Abg. Staudy (kons.) führt aus, daß die Unzufriedenheit mit dem Alters- und Invaliditätsgesetz in der letzten Zeit gewachsen sei, die Klagen würden nicht eher aufhören, als bis man zu einer durchgreifenden Veränderung und Vereinfachung des Gesetzes geschritten sei. Das Gesetz sei viel zu komplizirt und könnte von den einfachen Leuten nicht begriffen werden. Nicht die schlechte Verwaltung, sondern das Gesetz selbst trage die Schuld. Vor allem müsse ein Umlageverfahren eingeführt werden, ferner müsse man die bestehenden Vorschriften über das Beweisverfahren vollständig ändern.

Staatsminister v. Bötticher: Ich kann, wenn mich der Herr Vorredner fragt, ob ich ein Feind des Markensystems sei, nur bedingt dies bejahen. Ich warne davor, Bestehendes abzuschaffen, ehe etwas Besseres gefunden ist. Die Hauptaufgabe der mit der Reform des Gesetzes betrauten Instanzen wird die Prüfung der Vorschläge sein, die das Markensystem durch etwas Anderes ersetzen wollen. Eine Erleichterung kann, darüber sind wir uns klar, eintreten bei Aufrechterhalten des Markensystems. Daß dieses System unter allen Umständen aufrecht erhalten werden soll, ist damit nicht gesagt. Das Gesetz hat nicht überall die Sympathien gefunden, die ihm zu wünschen wären, doch haben dieselben zugenommen. Wir können niemals für die arbeitenden Klassen die Fürsorge aufgeben, und niemals wird der Gesetzgeber dieselbe zurückziehen, wenn auch Erleichterungen für die Arbeitgeber ins Auge gefaßt werden. Das Gesetz wird nicht so perhorreszirt, wie es der Herr Vorredner darstellt; denn 1894 wurden 13 Millionen Marken im Mehrwerthe von 2,8 Millionen, 1895 Marken im Mehrwerthe von 2 Millionen ausgegeben. Die Regierungen sind aber bereit, ihre bessernde Hand anzulegen.

Abg. Pachnicke (frs. Ver.) erblickt in dem Antrage Hitze nur eine Aufforderung an die Regierung, das Gesetz zu prüfen; aber die Vorschläge für die Revision seien noch nicht genügend gereift; alle die beklagten Mängel lägen an dem ganzen System, wir hätten auf dem Boden der freiwilligen Versicherung bleiben sollen.

Abg. Enneccerus (natlib.) hebt hervor, daß wir niemals die großen Ziele erreichen würden, wenn wir auf dem Boden der Versicherung geblieben wären, und erklärt für den Antrag Hitze stimmen zu wollen.

Abg. Graf v. Roon (kons.) versichert, daß die Konservativen sich in der Fürsorge für die wirthschaftlich Schwachen von keiner Partei übertreffen lassen und spricht sich sodann gegen das Markensystem sowie gegen die hohen Verwaltungskosten der Versicherung aus.

Abg. Singer (Sozd.) empfiehlt den Antrag Auer.

Staatsminister v. Bötticher betont, es ginge aus materiellen Gründen nicht an, die Altersgrenze für die Invalidität auf das 60. Lebensjahr herabzusetzen, wie es der Antrag Auer wolle.

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.) will den Arbeitern die Koalitionsfreiheit nicht nehmen, er kämpfe aber gegen die von den Sozialdemokraten angestrebte Organisation der Arbeiter an, um nicht den Terrorismus aufkommen zu lassen.

Abg. Stadthagen (Sozd.) will den Antrag Auer angenommen wissen, damit der Regierung ein Anstoß gegeben werde zu weiteren Schritten auf dem Gebiet der Sozialpolitik.

Nach dem Schlußwort des Abg. Hitze (Ztr.) wird dessen Antrag angenommen, der Antrag Auer dagegen abgelehnt.

Auf Anfrage des Abg. Hammacher (natlib.) erklärt Staatsminister v. Bötticher, daß der Entwurf eines Auswanderungsgesetzes jetzt dem Kolonialrath zur Begutachtung vorliege; einen bestimmten Termin, wann der Entwurf an den Reichstag gelangen werde, könne er nicht angeben.

Auf Beschwerden des Abg. Bebel (Sozd.) entgegnet der Staatsminister v. Bötticher, daß die Reichsregierung fortgesetzt bestrebt sei, die Mißstände bezüglich der Gesundheitspflege und der Arbeitszeit in verschiedenen Gewerbebetrieben durch die Gesetzgebung oder durch Verordnungen zu heben.

Hierauf vertagt sich das Haus.
Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.
Tages-Ordnung: Initiativanträge.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

7. Plenar-Sitzung vom 28. Januar, 2 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht Präsident von Köller bekannt, daß der Kaiser die Glückwünsche des Hauses zu seinem Geburtstag huldreich angenommen habe.

Es beginnt die zweite Lesung des Etats, anfangend mit dem des Finanzministeriums.

Finanzminister Miquel verheißt auf eine Anregung des Abg. Grafen Hoensbroech (Ztr.) die baldige Vorlegung einer Denkschrift über die Ausführung des Kommunalabgabengesetzes.

Auf eine Anregung des Abg. Arendt (freik.) erklärt Unterstaatssekretär Meinecke, daß die Regierung bereit sei, der letzten preußischen Privatbank, der Frankfurter Bank, das Notenprivileg zu entziehen, sobald auch den süddeutschen Privatbanken dies Privileg genommen würde.

Die Abgg. Gothein (fr. Vg.), Wallbrecht (natlib.) und Wetekamp (fr. Vp.) treten für Aufbesserung gewisser mittlerer und unterer Beamtenklassen ein.

Geh. Oberfinanzrath Lehnert verweist darauf, daß diese Frage eine allgemeine Regelung erfahren müsse.

Das Verlangen des Abg. Bartels (k.) nach Vermehrung der etatsmäßigen Regierungsrathstellen im Interesse der Assessoren wird von den Ministern Frhrn. v. d. Recke und Miquel wohlwollend, aber unter Hinweis auf die nothwendige Sparsamkeit Mehrforderungen gegenüber aufgenommen.

Das Verlangen des Abg. Grafen Strachwitz, daß den kommunalen Polizeiverwaltungen auf Grund vermehrter Portoaversionirung Portofreiheit gegeben werden möge, wird vom Minister des Innern mit der Begründung abgewiesen, daß diese Portokosten gesetzlich den Gemeinden zufielen.

Beim Etat des Ministeriums des Innern weist Geh. Oberregierungsrath Krohne die Vorwürfe der Abgg. v. Czarlinski (Pole) und Gerlich (freik.) über ungerechtfertigten Wettbewerb der Gefängnißarbeit mit dem seßhaften Handwerk zurück und legt dar, daß die Gefangenen mehr und mehr mit Arbeiten für die Behörden, ferner auch im Dienste der Landwirthschaft, namentlich bei Meliorationen, beschäftigt würden.

Der Minister Frhr. v. d. Recke nimmt das Wort, um seinen Standpunkt zu der im Vordergrund des Interesses stehenden Frage der Wahlreform darzulegen. Der Minister fuße noch heute auf der am 5. März 1894 abgegebenen Erklärung des Grafen zu Eulenburg; die Regierung sei vollständig bereit, das damals gegebene Versprechen einzulösen, bitte aber, sie nicht zu drängen, da das statistische Material, welches die Wirkung der Wahlreform und der Steuerreform auf die Klasseneintheilung der Urwähler klar mache, noch nicht genügend gesichtet sei, anderseits aber hier ein Sprung ins Dunkle unstatthaft sei.

Auf die Beschwerde der Abgg. v. Czarlinski (Pole) und Rickert (frs. Vg.) über Ausweisungen fremdländischer Polen, erwidert der Geh. Regierungsrath v. Trott zu Solz, daß die Zahl der aus Rußland und Galizien zuwandernden Arbeiter bedeutend überschätzt worden sei; der Fall, in welchem einem russisch-jüdischen Arzt, der seine Ausbildung in Preußen genossen und dann auf Verlangen der Staatsbehörde seine russische Staatsangehörigkeit aufgegeben, nicht naturalisirt wurde, erkläre sich daraus, daß dessen Wohngemeinde dagegen entschieden Widerspruch erhoben habe.

Auf eine Anfrage des Abg. Seyffardt (nl.) erklärt der

Minister Frhr. v. d. Recke, daß er der Sache der Verpflegungsstationen sehr sympathisch gegenüber stehe und das Scheitern der vorjährigen Vorlage sehr bedauert habe. Für die Richtung, in welcher von neuem darin vorgegangen werden solle, seien die Erwägungen noch nicht abgeschlossen.

Abg. v. Tiedemann-Bomst (frk.) spricht die Zustimmung seiner Fraktion zu den Erklärungen des Ministers über die Wahlreform aus und rügt, daß den Beamten der kommunalen Selbstverwaltung zuviel Schreibwerk und statistische Arbeiten auferlegt würden.

Minister Frhr. v. d. Recke erklärt sich zur thunlichen Abhülfe bereit.

Minister Miquel legt dar, daß auch bei den staatlichen Behörden, namentlich bei den Betriebsverwaltungen unablässig auf die Verminderung des Schreibwerks hingearbeitet werde.

Abg. Rickert (frs. Vg.) tadelt, daß die Kreisblätter politische Artikel, namentlich im Interesse des Bundes der Landwirthe, gebracht hätten, und wünscht eine Beschleunigung der Wahlreform.

Abg. Irmer (k.) ist im Allgemeinen mit der jetzigen Handhabung des Dreiklassenwahlsystems zufrieden und tritt nur für eine Reform des Kommunalwahlsystems ein, wobei am besten das Gesetz nur den allgemeinen Rahmen angeben würde, während die spezielle Regelung den Ortsstatuten überlassen werden sollte.

Sodann vertagt sich das Haus.
Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.
Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Berathung.

Das Diensteinkommen der Volksschullehrer.

Die „National-Zeitung" belegt die Einwendungen gegen den Entwurf des Gesetzes betreffend das Diensteinkommen der Volksschullehrer und -Lehrerinnen wegen angeblich ungerechtfertigter Benachtheiligung der städtischen Bevölkerung in der Abendausgabe vom 24. Januar d. J. Nr. 52 durch Berechnungen eines Artikels aus der Wochenschrift „Soziale Praxis".

Diese Berechnungen geben zwar die Zahlen richtig wieder, durch welche in der Begründung zu dem Gesetzentwurf die Wirkungen der vorgeschlagenen Aenderung der bestehenden Vorschriften über die Staatsbeiträge und staatlichen Alterszulagen für die Finanzen der großen, mittleren und kleinen Städte, sowie des platten Landes erläutert sind, enthalten im Uebrigen aber in wesentlichen Punkten nicht nur mehrfache Irrthümer, sondern auch thatsächliche Unrichtigkeiten.

Zunächst geht der Verfasser des Artikels offenbar von der irrigen Annahme aus, daß bisher bei Verwendung der Mittel des Fonds Titel 34 Kap. 121 des Kultusetats nicht auf die sächlichen Ausgaben der Schulunterhaltung zu rücksichtigen, sondern lediglich das Stelleneinkommen in Betracht zu ziehen sei.

Er übersieht hierbei, daß nach dem Vermerk zu diesem Titel die Ersparnisse dieses Fonds ausdrücklich zu einmaligen Beihülfen im Interesse des Elementar-Unterrichtswesens, mithin auch zu Beihülfen für sächliche Unterhaltungskosten bestimmt sind und daß es durch den Zweck des Fonds geradezu geboten ist, in Fällen, wo die Leistungsfähigkeit der Gemeinden durch die Höhe der sächlichen Kosten erschöpft ist, denselben durch laufende Beihülfen zur Lehrerbesoldung die Bezahlung der sächlichen Ausgaben zu ermöglichen.

Der von dem Verfasser angezogene Ministerialerlaß vom 21. Juni 1895 steht also mit den geltenden Vorschriften über die Verwendung des Fonds völlig im Einklang. Wenn der Verfasser ferner annimmt, daß die im Entwurf zum Staatshaushaltsetat vorgeschlagene Aenderung der Titelbezeichnung bezwecke, den Verpflichteten in Zukunft Lasten abzunehmen, welche ihnen bisher ohne Beitritt des Staates allein oblagen, so genügt es, neben den vorstehenden Ausführungen noch darauf zu verweisen, daß nach Artikel 25 der Verfassung die Mittel zur Errichtung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Volksschulen im Falle des nachgewiesenen Unvermögens ergänzungsweise vom Staat aufgebracht werden müssen, daß in dieser Bestimmung zwischen sächlichen und persönlichen Kosten nicht unterschieden wird, und daß der Fonds Kapitel 121 Titel 34 in erster Reihe zur Erfüllung dieser Pflicht des Staates bestimmt ist.

Wie die Bemerkungen im Entwurf zum Staatshaushaltsetat ergeben, soll die Aenderung der Titelbezeichnung lediglich eine Vereinfachung des Geschäftsganges und eine klarere Uebersicht über die Verwendung der Staatsmittel, die ebensowohl im Interesse der Staats- wie der Gemeindeverwaltung liegt, ermöglichen.

Daß es nicht zu billigen ist, wenn einzelne Regierungen über Beträge, welche aus diesem Fonds an städtische Schulkassen gezahlt sind, Quittung von den Lehrern verlangen, bedarf keiner Ausführung. Der Verfasser wird aber wohl selbst nicht im Zweifel darüber sein, daß derartige ganz vereinzelte Fälle stets sofortige Remedur gefunden haben.

Der Verfasser bemängelt weiter, daß in einzelnen Fällen staatliche Zuschüsse gewährt seien, obwohl die Gemeinden minimale Schullasten haben. Demgegenüber ist zu bemerken, daß die Unterrichtsverwaltung durch die unter dem 21. Juni 1894 und 15. Februar 1895 ergangenen und im „Zentralblatt für die Unterrichtsverwaltung" veröffentlichten Erlasse schon auf derartige Fälle hingewiesen und gerade auch mit Rücksicht hierauf eine Revision der bisher gewährten Beihülfen angeordnet, sowie eine Neuvertheilung des Fonds, der seit 1872 unter die einzelnen Regierungen vertheilt ist, in Aussicht genommen hat.

In diesen Erlassen ist ausgeführt, daß der Umfang des Fonds Kap. 121 Titel 34 dazu nöthige, durchschnittlich und in der Regel die Schulverbände bis zu 75 Prozent der direkten Staats- und staatlich veranlagten Steuern zu Abgaben für die Volksschulen heranzuziehen und daß Entlastungen über diesen Prozentsatz nur ausnahmsweise mit Rücksicht auf die Höhe der anderen öffentlichen Abgaben und die allgemeinen wirthschaftlichen Verhältnisse der betreffenden Gemeinde erfolgen dürfen.

Unrichtig ist die Behauptung des Verfassers, daß die Patrone in den östlichen Provinzen auf dem platten Lande für in der Regel gar nicht zu leistende subsidiarische Verpflichtungen aus der Staatskasse Entschädigungen in beträchtlicher Höhe bezögen. Solche Entschädigungen werden weder gewährt, noch sind sie je gewährt worden.

Unrichtig ist glücklicher Weise auch, was der Verfasser über den Stillstand in der Entwickelung des ländlichen Volksschulwesens sagt. Die ländliche Bevölkerung tritt in sehr zahlreichen Fällen aus eigener Entschließung an die Unterrichtsverwaltung mit Anträgen heran auf Errichtung neuer und Erweiterung bestehender Schulen. Wer sich vergegenwärtigt, welche Opfer eine kleine Landgemeinde zur Errichtung eines eigenen Schulhauses zu bringen hat, wird diese Thatsache nicht unterschätzen. Die nächste Schulstatistik wird zeigen, daß die Entwickelung des ländlichen Volksschulwesens durch Errichtung neuer Volksschulen und neuer Lehrerstellen verhältnißmäßig eben solche Fortschritte aufzuweisen hat, wie das städtische Schulwesen.

Schließlich gipfeln die Ausführungen des Verfassers in der Bemerkung, „es grenze ans Komische, wenn man heut von der Ueberlastung der Landgemeinden des Ostens mit Schulaufwendungen spreche".

Diese Kritik stützt der Verfasser auf eine Vergleichung der Summe der Lehrergehälter in einzelnen ostpreußischen und pommerschen Kreisen mit den Leistungen der Gemeinden für dieselben, ohne zu berücksichtigen, daß die letzteren außerdem noch weitaus beträchtlichere Aufwendungen für die sächlichen Schulunterhaltungskosten haben.

Werden bei den gegebenen Beispielen auch diese sächlichen Aufwendungen mitberücksichtigt, so betragen die Schullasten auf dem Lande

im Kreise	außer … Mark für die Lehrerbesoldung	noch … Mark
Ortelsburg	1601	27 596
Pillkallen	2162	41 758
Darkehmen	1668	19 060
Goldap	1461	38 608
Oletzko	1860	28 884
Lyck	2163	50 388
Lötzen	722	29 046
Sensburg	868	27 184
Demmin	2596	19 240
Anklam	525	15 600
Pyritz	1377	18 137
Naugard	1458	20 107
Greifenberg	966	26 002
Regenwalde	568	19 976
Belgard	2319	18 047

Die Aufstellung zeigt, wie ganz schief das Bild ist, aus dem der besprochene Artikel die Belastung der ländlichen Gemeinden als eine bedeutungslos geringe schildert.

Wie hoch sich die durchschnittliche Belastung mit Schulabgaben auch nach Abzug aller Staatsleistungen, der Beiträge dritter und der Einkünfte aus dem Schulvermögen in diesen als günstig gestellt geschilderten Kreisen für die unterhaltungspflichtigen Gemeinden und Gutsbezirke stellt, mögen hier nur 2 Beispiele zeigen.

Im Kreise Goldap betragen die Leistungen der mit Staatsbeihülfen aus Tit. 34 Kap. 121 bedachten Unterhaltungspflichtigen für ihre Volksschulen nach Abzug vorerwähnter Staats- 2c. Leistungen im laufenden Jahre bei einem Soll an Staats- und staatlich veranlagten Steuern von 68 300 Mark 50 400 Mark oder 73 Prozent des Steuersolls, im Kreise Oletzko bei einem Soll an Staats- und staatlich veranlagten Steuern von 67 500 Mark 54 900 Mark oder 81 Prozent.

Die in dem letzteren Kreise am geringsten mit Schulabgaben belastete Gemeinde hat noch 32 Prozent der Staats- und staatlich veranlagten Steuern aus eigenen Mitteln zu den Schulunterhaltungskosten aufzubringen, während ihre gesamte Belastung mit öffentlichen Abgaben 357 Prozent des Steuersolls beträgt.

Die ganzen Berechnungen des besprochenen Artikels beruhen anscheinend auf der Auffassung, daß Zahlungen für sächliche Schulunterhaltungskosten der Schulverbände nicht zum Bedruck gereichen können. Wie verfehlt diese Annahme ist, bedarf nach der gegebenen Uebersicht der Ausgaben für persönliche und sächliche Kosten wohl einer weiteren Ausführung nicht.

Deutschland.

Berlin, 29. Januar. Der Kaiser trifft, wie die „M. N. N." erfahren, mittelst Extrazuges am 15. Februar in Genua ein, um eine Begegnung mit König Humbert von Italien zu haben. Die betreffenden Ordres sind am 24. Januar dem deutschen Generalkonsulat zugegangen. Ungewiß ist es, ob Kaiser Franz Josef an dieser Begegnung theilnehmen wird, man führt dafür an, daß der Kaiser seine in Kap St. Martin weilende Gemahlin besuchen will. Jedenfalls zugleich mit der Ankunft des deutschen Kaisers wird dessen Yacht „Hohenzollern" eintreffen. Der Kaiser wird mit derselben zuerst dem kranken Großfürsten-Thronfolger von Rußland in Nizza einen Besuch abstatten und dann nach Neapel hinüberkreuzen; wohin die Reise weiter gehen wird, scheint noch nicht bestimmt.

— Das Befinden des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin ist, wie den „Mecklenb. Nachr." aus Cannes vom Sonntag gemeldet wird, im Allgemeinen unverändert. Derselbe hütet noch weiter das Bett. Der Kräftezustand ist befriedigend, der Appetit hat sich gehoben, der Schlaf ist ruhig und erquickend, dagegen treten tagsüber noch mehrfach Anfälle von nervösem Asthma auf.

— Für die Johanniter-Ritter sind, wie die „N. N." vernehmen, neue Bekleidungsvorschriften vom König genehmigt worden. Danach tritt an die Stelle des rothen Fracks ein rother Waffenrock mit weißem Kragen und Aermelabzeichen, dazu weiße Lederhosen, hohe Stiefel mit goldenen Sporen; statt des Degens ein Ritterschwert und an Stelle des bisherigen Hutes ein schwarzes Sammetbarett mit weißer Straußenfeder.

— Zu dem im Abgeordnetenhause eingebrachten Lehrer-Besoldungsgesetze nimmt die „Kreuzztg." eine äußerst schwankende Haltung ein. Am liebsten wäre ihr eine Regelung des gesamten Schulwesens im Geiste des Zedlitz'schen Entwurfs, und sie versichert, daß die Voraussetzungen dafür niemals günstiger gewesen seien, als jetzt. Indeß scheint das Blatt doch der Staatsregierung keine Neigung dafür zuzutrauen. Es bezweifelt im Weiteren die Verfassungsmäßigkeit einer stückweisen Regelung — wie sie doch thatsächlich seit länger als einem Jahrzehnt im Gange ist. Schließlich läßt die „Kreuzztg." sowohl die prinzipiellen schulpolitischen, als die Verfassungs-Bedenken zurücktreten, um zu erklären:

„Unter allen Umständen aber muß nach unserer Auffassung die konservative Partei zu verhindern suchen, daß das Gesetz über seinen Rahmen hinausgeht und etwa Vorschriften über die Ausdehnung der Schulbaulast oder überhaupt über die Schulunterhaltungspflicht mitaufnimmt. Sie wird deshalb mit ganz besonderer Vorsicht an die Berathung herantreten müssen."

Mit anderen Worten: vor Allem Wahrung der jetzigen Bevorzugung der Gutsbezirke in einem großen Theil der östlichen Provinzen. Die Städte über 25 000 Einwohner können dafür nach Belieben benachtheiligt werden.

— Der Kolonialrath tritt am nächsten Montag zur Berathung des Auswanderungsgesetzes zusammen.

— Beim Etat des Reichsjustizamts wollen die Sozialdemokraten den Meineidsprozeß gegen den früheren Bergmann Schröder zur Sprache bringen.

— Das Kriegsministerium hat dem Vernehmen nach ein Rundschreiben an die Militärbehörden erlassen, in dem es im Hinblicke auf die bestehende Absicht der Einführung der Stenographie als Unterrichtsgegenstand in den Unteroffizier- und Kapitulantenschulen um Nachweisung der Kosten und vorhandenen Lehrkräfte ersucht wird. Als einheitliches System für das Heer soll das Neu-Stolzesche in Aussicht genommen sein.

— Die „Kreuzztg." veröffentlicht folgende „Erklärung" zum Fall Hammerstein:

„Der Abgeordnete v. Kröcher hatte die Absicht gehabt, seine Rede vom 22. d. M., den Fall Hammerstein betreffend, vor der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses kurz zu ergänzen. Das konnte der Präsident v. Köller nach der Geschäftsordnung nicht gestatten. In Folge dessen geht uns von einem Mitgliede des „Kreuzzeitungs"-Komitees folgende Mittheilung zu, die der beabsichtigten Erklärung des Abg. v. Kröcher im wesentlichen entspricht: „Das Komitee der „Kreuzzeitung" hatte in seiner Sitzung vom 25. Juni v. J. den Beschluß gefaßt, den Frhrn. v. Hammerstein zu suspendiren, sobald dies juristisch möglich sein würde. Der Beschluß erfolgte, unabhängig von dem durch den Abg. v. Kröcher erwähnten Schreiben des geschäftsführenden Ausschusses der konservativen Partei vom 18. Juni, auf Grund eines von einem Komiteemitgliede bereits früher gestellten Antrages. Dem Komitee waren nämlich schon seit einiger Zeit erhebliche Zweifel darüber entstanden, ob die gegenwärtigen Komiteemitglieder die Ende 1894 erfolgte Kündigung würden durchführen und die Entfernung Hammersteins von der Redaktion gerichtlich würden erzwingen können. Nachdem es gelungen war, die juristischen Zweifel durch ein zwischen dem jetzigen Verleger der Zeitung und Frhrn. von Hammerstein getroffenes Uebereinkommen zu beseitigen, wurde Tags darauf, d. h. am 1. Juli, demselben seine Suspendirung eröffnet. Auf die erneuten Weiterungen, die er zu machen versuchte, wurde ihm unter dem 4. Juli erwidert, daß es bei dem gefaßten Beschlusse verbleiben müsse. Zu der erwähnten weiteren Zeichnung der Zeitung während einiger Tage nach dem 1. Juli war demnach Hammerstein nicht befugt.""

— Das 12. (königlich sächsische) Armeekorps zählt nach der kürzlich erschienenen, am 1. Januar d. J. abgeschlossenen Rangliste 2860 Offiziere und 691 Sanitätsoffiziere. Die Zahl der Offiziere hat sich gegen das Vorjahr um 120, die der Sanitätsoffiziere um 53 vermehrt. Im aktiven Heere befinden sich 21 Generale, 150 Stabsoffiziere, 318 Hauptleute oder Rittmeister, 293 Premierlieutenants, 468 Sekondelieutenants 22 Zeug- und Feuerwerksoffiziere, 103 Sanitätsoffiziere und 73 Portepeefähnrichs.

Braunschweig, 28. Januar. In der heutigen Versammlung des Landwirthschaftlichen Zentralvereins des Herzogthums wurde mitgetheilt, daß die an den Reichstag abzusendende Petition für die Annahme der neuen Zuckersteuer-Vorlage bereits 2883 Unterschriften der braunschweigischen Landwirthe gefunden habe.

München, 28. Januar. Kammer der Reichsräthe. Der erste Präsident Graf Lerchenfeld eröffnete die Sitzung mit einem Hinweise auf den in Deutschland mit Jubel gefeierten 18. Januar. „Mit Stolz und Freude gedenken wir der glorreichen Zeit, in welcher König Wilhelm von Preußen die deutschen Truppen bis vor die Thore der feindlichen Hauptstadt geführt hat. Mit Stolz und Freude erinnern wir uns, daß es Baierns König war, der dem siegreichen Feldherrn die Kaiserkrone angeboten hat. In Treue fest steht Baiern zu Kaiser und Reich." Der Präsident schloß mit den Worten Ludwigs I.: „Das vereinigte Deutschland wird nicht überwunden." Im Verlaufe der Sitzung kam der in der vorigen Session von der Kammer der Abgeordneten gefaßte Beschluß zur Berathung: Die Regierung solle die Frage der Einführung einer allgemeinen, direkten, progressiven Einkommensteuer, verbunden mit einer Vermögenssteuer, prüfen und dem Landtage in thunlichster Bälde eine diesbezügliche Vorlage machen. Die Kammer der Reichsräthe beschloß hierzu Uebergang zur Tagesordnung, sprach sich dagegen für eine Reform der Kapital-Rentensteuer, der jetzigen Einkommensteuer und der Gewerbesteuer aus. Finanzminister v. Riedel erklärte, daß die Reformpläne in Ausarbeitung seien und daß eventuell noch in dieser Session eine diesbezügliche Vorlage möglich sei.

München, 28. Januar. Dem Landtage ist eine Nachtragsforderung von 240 000 Mark für die Herstellungskosten einer Telephonverbindung zwischen Frankfurt a. M. und Wien auf baierischem Gebiete zugegangen.

Stuttgart, 28. Januar. Das „Neue Tagblatt" meldet: Die Eisenbahn-Verwaltung hat hierselbst ein großes Areal in der unteren Königstraße erworben und dürfte eine Erweiterung des Bahnhofes nach dieser Seite hin verlegen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 28. Januar. Die „N. Fr. Pr." veröffentlicht neuerlich zwei Schreiben Virchows zur Beurtheilung des Vorgehens des St. Pöltener Bischofs und dessen Gewährsmänner. Virchow schreibt u. a.: „Ich darf aus der Behandlung, die man mir in Salzburg hat zu Theil werden lassen, die Berechtigung herleiten, ehrliche Leute in Oesterreich darauf hinzuweisen, zu welchen bedenklichen Praktiken meine theologischen Gegner greifen. Von keiner der angegriffenen Stellen ist auch nur behauptet worden, daß ich sie in meinem Lehramte gesprochen habe. Als Professor einer Universität habe ich gar keine Veranlassung, von Schulerziehung und von religiösen Dogmen, von Sozialismus und Liberalismus zu reden, denn meine Lehrthätigkeit betrifft nur die Grundlagen der wissenschaftlichen Medizin, und über dies Gebiet bin ich als Lehrer nie hinausgegangen. Auch habe ich nie versucht, meine Zuhörer in ihrem Urtheile über eine der genannten Fragen zu beeinflussen. Alles, was man mir, wie ich gezeigt habe, fälschlich vorwirft, könnte ich nur als Abgeordneter oder als Privatmann gesagt haben; wäre das in der That geschehen, so würde daraus doch nicht im mindesten hervorgehen, daß ich ein gefährlicher Professor bin, und daß daraus ein Schluß auf die Lehrweise der deutschen Universitäten abgeleitet werden dürfe. Den Versuchen, diese Methode der Verketzerung auf die Beurtheilung der Universitäten überhaupt auszudehnen und daraus die Berechtigung zur Gründung einer neuen Universität — natürlich einer konfessionellen — zu erweisen, kann nicht scharf genug entgegengetreten werden."

Brünn, 28. Januar. Das Verbot des Besuches des hiesigen czechischen Vereinshauses für das Militär ist wieder aufgehoben worden.

Innsbruck, 28. Januar. Die italienischen Abgeordneten wurden wegen ihrer Weigerung, an den Verhandlungen des Landtages theilzunehmen, ihrer Mandate verlustig erklärt.

Lemberg, 27. Januar. Der Ministerpräsident Graf Badeni und der Finanzminister Dr. v. Bilinski trafen heute Nachmittag hier ein und wurden auf dem Bahnhofe von dem Statthalter, dem Landmarschall, den Spitzen der Behörden, zahlreichen Abgeordneten, Herrenhausmitgliedern und einer Abordnung der Stadtgemeinde auf das herzlichste empfangen.

Frankreich.

Paris, 28. Januar. Arthur Meyer, der Direktor des „Gaulois", und Senator Hebrard, der Direktor des „Temps", haben dem sozialistischen Deputirten Mirman ihre Zeugen gesandt. Die beiden Chefredakteure fühlen sich durch gewisse Stellen der gestrigen Kammerrede Mirmans beleidigt. Mirman ist dadurch bekannt, daß er von der Regierung eine Zeit lang gezwungen wurde, den Militärdienst zu absolviren, was zu vielen heftigen Parlamentssitzungen Anlaß gab. In der gestrigen Rede, in welcher er nach altem Muster wieder einmal von Panama, Südbahn und anderen Affären sprach und gegen das Laster donnerte, versetzte er auch der Presse eine Anzahl Hiebe. Meyer fühlt sich beleidigt durch die Phrase Mirmans, es werde die Zeit kommen, wo es nicht mehr möglich sein werde, daß der Botschafter einer großen befreundeten Macht in die Opernloge trete, geleitet von Canivet und Arthur Meyer. Hebrard sieht den Grund für seine

Forderung darin, daß Mirman die alte Geschichte aufwärmte, daß Hebrard 1 600 000 Franks bei der Panama-Affäre erhalten habe. Die Zeugen Arthur Meyers sind Gaston Jollivet und Robert Mitchell.

Italien.

Rom, 28. Januar. Der „Italia militare" zufolge marschiren die vom Korps Makonnens eskortirten Truppen Gallianos ohne Waffen, letztere sowie die Kanonen seien in den Händen des Feindes. Auch die „Italia militare" bestätigt, daß Baratieri nunmehr in der Lage sei, die Offensive zu ergreifen.

Neapel, 28. Januar. In der San Lorenzo-Kirche fand heute eine Trauerfeier für die bei Amba-Aladschi Gefallenen statt. An derselben nahmen auch die höheren Offiziere des deutschen Kriegsschiffes „Moltke" theil. Prinz Heinrich von Preußen war durch den persönlichen Adjutanten Korvettenkapitän Müller vertreten.

England.

London, 28. Januar. Das „Reuter'sche Bureau" erfährt, es bestehe keinerlei Begründung für Berichte von russischen Flottenrüstungen, noch auch von einem Plane zur Theilung der Türkei. Die Lage bezüglich der Türkei sei dieselbe wie bisher, die Mächte seien eifrig bemüht, den status quo aufrecht zu halten.

Rußland.

Petersburg, 27. Januar. Heute hat zum ersten Mal in der evangelischen Petrikirche an dem Geburtstage des deutschen Kaisers ein Festgottesdienst stattgefunden. In der dichtgefüllten Kirche erschienen der Botschafter Fürst Radolin und Gemahlin, alle Herren und Damen der Botschaft und des Konsulats und die gesamte Kolonie. Im Auftrage des Kaisers Nikolaus waren erschienen Generaladjutant Richter, der Minister des Aeußern Fürst Lobanow und der Minister des Innern Goremykin, außerdem zahlreiche Generäle und Herren und Damen der Hofgesellschaft. Die Festpredigt hielt Pastor Kenster. Im Laufe des Tages erschienen Minister, Generäle und viele Chefs auswärtiger Missionen in der deutschen Botschaft, theils um ihre Karten abzugeben, theils um persönlich ihre Glückwünsche auszusprechen. An der Frühstückstafel im Winterpalast nahmen außer dem deutschen Botschafter Fürst Radolin und Fürstin Radolin die ehemaligen Militär-Bevollmächtigten in Berlin Fürst Dolgoruki und Graf Kutusow Theil. Kaiser Nikolaus brachte in den herzlichsten Worten das Wohl Sr. Majestät des deutschen Kaisers aus.

Serbien.

Belgrad, 28. Januar. Die Skupschtina nahm einen Antrag an, wonach die Gemeindevorsteher mittelst königlichen Ukases ernannt werden.

Bulgarien.

Sofia, 28. Januar. Die Sobranje beendigte in ihrer gestrigen bis Mitternacht dauernden Sitzung die Debatte über den Strafgesetzentwurf, der nunmehr in dritter Lesung angenommen wurde. Die Opposition versuchte einige Amendements einzubringen, darunter eines bezüglich des Artikels über die Bildung von bewaffneten Banden zu aufrührerischen Zwecken. Die Redner begründeten das Amendement damit, daß dieser Artikel bei Niederwerfung der macedonischen Bewegung angewendet werden könnte. Nach einer wirkungsvollen Rede des Ministerpräsidenten Stoilow nahm die Sobranje den Text der Vorlage an.

Sofia, 28. Januar. Die „Agence Balcanique" meldet: Die Nachricht von der Ankunft des bulgarischen Exarchen in Adrianopel erscheint verfrüht und wird anderweitig nicht bestätigt.

Türkei.

Konstantinopel, 28. Januar. Der bisherige Gesandte in Bukarest Reschid-Bei ist von Seiten der italienischen Regierung als Botschafter in Rom akkreditirt worden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 29. Januar. Der „Reichsanz." schreibt: Erklärungen, welche der Kriegsminister zur Frage der Volksschullehrer in der Sitzung der Budgetkommission vom 24. d. M. abgegeben hat, sind zum Theil unrichtig in der Presse wiedergegeben worden. Thatsächlich ist Folgendes: Auf die Anfrage eines Abgeordneten, ob es in der Absicht läge, den Seminar-Abiturienten die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst beizulegen, erwiderte der Kriegsminister: „Gemäß der unter dem 27. Januar 1895 ausgesprochenen Allerhöchsten Willensmeinung ist die Dienstzeit der Volksschullehrer jetzt definitiv dahin geregelt, daß sie fortan auf die Dauer eines ganzen Jahres ausgedehnt werden soll. Dies kann im Hinblick auf die Bedürfnisse der Unterrichtsverwaltung aber nicht sogleich zur Ausführung kommen. Es wird vielmehr ein Uebergangsstadium geschaffen werden müssen. Hierbei bietet das bereitwillige Entgegenkommen des Herrn Kultusministers volle Gewähr, daß spätestens im Jahre 1900 die Einrichtung in vollem Umfange in Kraft treten kann. Im übrigen bemerke ich, daß der Herr Reichskanzler beschlossen und mich zur Mittheilung seines Beschlusses autorisirt hat, daß der erfolgreiche Besuch eines Lehrer-Seminars die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst künftig gewähren soll." Auf die fernere Frage eines zweiten Abgeordneten, wie es mit den Volksschullehrern gehalten werden würde, welche die Mittel zur Ableistung des einjährig-freiwilligen Dienstes nicht nachweisen könnten, erwiderte der Kriegsminister weiter: „Diese Volksschullehrer werden dann die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst nicht erwerben, sondern auf Staatskosten unterhalten werden. Dabei werden sie aber, wie es schon bisher geschehen ist und auch ferner beabsichtigt wird, möglichst gemeinsam untergebracht und ausgebildet werden."

* Eine von echt patriotischem Geiste getragene Kaiser-Geburtstagsfeier veranstaltete gestern Abend der „Konservative Verein" in den oberen Sälen des Konzerthauses. Unter den Ehrengästen bemerkte man den Herrn Oberpräsidenten, Staatsminister von Puttkamer und den Herrn kommandirenden General des 2. Armeekorps, General der Infanterie von Blomberg, sowie zahlreiche aktive und inaktive Offiziere. Mit einigen, dem Charakter des Festes angepaßten, wohlgelungenen Konzertstücken eröffnete die Artilleriekapelle unter Leitung des Herrn Stabstrompeters F. Unger das reichhaltige Programm, dann sprach ein Mitglied des Vereins einen schwungvollen Prolog, worauf der Sängerchor der „Stettiner Handwerker-Ressource" unter der umsichtigen Leitung des Herrn F. Riecke das Lied „Heil dir, o Vaterland" von Köllner zu Gehör brachte. Die Festrede hielt Herr Pastor Fürer, derselbe wies darauf hin, daß die Königstreue ein festes Band der Einigung bilde für das in viele Parteien gespaltene Volk, und in warmen Worten hob er die Friedensliebe unseres Herrschers hervor, der nicht Befriedigung suche in dem Ruhm glänzender Waffenthaten. Dagegen sei der Monarch unermündlich thätig an der Hebung sozialer Schäden und in diesem Streben dürfe er sich eins wissen mit allen Gutgesinnten im Volke. Redner schloß mit einem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser, in das die ganze große Festversammlung begeistert einstimmte, worauf stehend die Nationalhymne gesungen wurde. Im weiteren Verlauf des Abends wechselten Instrumentalvorträge, Männerchöre und Deklamation in reicher Folge ab. Besonderen Anklang fand eine Ballade von Alberti „Der Mutter Gebet", zu welcher der bekannte Komponist Reinecke eine recht ansprechende Musik geschrieben hat. Herr Johs. Kröger sprach den Text mit edlem Ausdruck, während die Herren Grau und Unger die Begleitung übernommen hatten. Mit einem Ball fand die in jeder Hinsicht gelungene Feier ihren Abschluß.

* Gestern Abend um 7¼ Uhr wurde die Feuerwehr wegen eines Schornsteinbrandes nach dem Hause Prutzstraße 5 gerufen.

* Von dem Eingang eines Klempnerkellers im Hause Philippstraße 70 wurden am 25. ds. Mts. zwischen 6 und 7 Uhr Abends verschiedene zur Schau ausgehängte Gegenstände im Werthe von etwa 5 Mark gestohlen.

* Durch Inserat im hiesigen „General-Anzeiger" suchte der Handelsmann Wedehaase für seine 15jährige Tochter Stellung in einem besseren Haushalt. Darauf ging am 23. Januar eine Offerte ein, Inhalts deren Frau Gutsbesitzer Tiedemann auf Schwartzow das junge Mädchen zu engagiren wünschte, persönliche Vorstellung wurde jedoch ausdrücklich zur Bedingung gemacht und der Weg nach dem Gut Schwartzow zugleich genau beschrieben. Das Mädchen begab sich daraufhin nach dem genannten Gute, erfuhr aber, daß es das Opfer einer Mystifikation geworden sei. Auf dem Rückwege wurde gegen die W. ein unsittliches Attentat verübt, was die merkwürdige Offerte in einem ganz besonderen Licht erscheinen läßt. Als nämlich das Mädchen sich ein Stück weit vom Gutshofe entfernt hatte, sprang plötzlich ein Mann hinter einem Baum hervor, packte die W. am Halse, warf sie in den Chausseegraben und versuchte sie zu vergewaltigen. Das Mädchen wehrte sich verzweifelt und rief laut um Hülfe, was den rabiaten Menschen bewog, von ihr abzulassen. Der Attentäter wird von der Ueberfallenen als ein junger Mensch von mittlerer Figur geschildert, bekleidet war er mit dunkelblauem Ueberzieher, graumelirtem Jacket und schwarzem, steifem Filzhut. Ein Mensch, auf den die Beschreibung paßt, ist auch von andern Personen an dem betreffenden Tage in Schwartzow gesehen worden.

* Auf dem heutigen Wochenmarkte wurden für Fleisch folgende Preise erzielt: Rindfleisch: Keule 1,50, Filet 1,80, Vorderfleisch 1,20 Mark, Schweinefleisch: Kotelettes 1,50, Schinken 1,30, Bauch 1,30 Mark; Kalbfleisch: Kotelettes 1,80, Keule 1,60, Vorderviertel 1,20 Mark; Hammelfleisch: Kotelettes 1,40, Keule 1,30, Vorderfleisch 1,20 Mark; geräucherter Speck 1,60 Mark per Kilo. Geringere Fleischsorten waren 10—20 Pf. billiger.

— Morgen Donnerstag tritt in den Zentralhallen das gegenwärtige Spezialitäten-Ensemble zum letzten Male auf, am Freitag findet keine Vorstellung statt, dagegen bringt die Sonnabend-Vorstellung ein ausgewähltes Programm mit durchweg neuen Kräften.

— Das zweite Gastspiel des Künstlerpaares Howe-Lavin bringt morgen Donnerstag Verdi's „Rigoletto" mit Frau Howe als „Gilda" und Herrn Lavin als „Herzog".

— Eine für Miether und Vermiether gleich wichtige Entscheidung hat das Amtsgericht I in Berlin gefällt. Der Hauswirth L. in der Hollmannstraße ließ die Front seines Hauses abwaschen. Die hierdurch verursachte Feuchtigkeit drang durch die Decke des im Keller des Hauses liegenden Schanklokals und verursachte nicht nur Feuchtigkeitflecken an der Decke, sondern auch das Abfallen von Putz, so daß eine Reparatur nothwendig wurde. Der Gastwirth P. ließ dann dieselbe auch vornehmen und wies die Rechnung hierüber im Betrage von 7,50 Mark an den Hauswirth. Dieser verweigerte aber die Zahlung, so daß P. zahlen mußte. Der Gastwirth zog hiernach jedoch den Betrag von 7,50 Mark von der Miethe ab und wurde in Folge dessen auf Zahlung dieses Restes von L. verklagt. Das Gericht wies jedoch die Klage kostenpflichtig ab, indem es betonte, daß der Schaden an der Decke einzig durch das vom Hauswirth vorgenommene Waschen des Hauses entstanden, P. also hieran schuldlos sei. Die im Miethskontrakt enthaltene Bestimmung, daß alle während der Miethszeit nothwendig werdenden Reparaturen vom Miether zu bezahlen seien, könne nur dahin gedeutet werden, daß Miether für sein Verschulden oder für in seinem Interesse erfolgende Veränderungen einstehen müsse. Keineswegs dürfe die Verpflichtung auf Beseitigung von Schäden, die durch den Hauswirth verursacht seien, ausgedehnt werden.

Stadt-Theater.

Die Direktion scheint, dem Beispiele anderer Theater folgend, regelmäßige Einakter-Abende einrichten zu wollen, und wenn das Interesse des Publikums dafür bisher nicht sehr groß war, so muß man berücksichtigen, daß sich alle derartige Neueinrichtungen in Stettin nur sehr schwer durchführen lassen. Daß der Werth der gebotenen Einakter sehr verschieden ist, dürfte kaum verwundern und auch gestern zeigte sich dies. Der Abend wurde mit einem Schauspiel „Die Schlange" von F. Martini eröffnet, einer etwas lang gezogenen Plauderei, in welcher in der „Gräfin Marta" eine Person geschildert wird, welche 10 Jahre früher von dem Baron Adriano, ihrem Liebhaber, plötzlich verlassen ist und sich dadurch rächt, daß sie dessen Sohn Gino in ihre Nähe lockt und dem Vater entfremdet. Obwohl Fr. Raupp (Gräfin) und die Herren Striebeck (Adriano) und Janke (Gino) sich Mühe gaben, ihren Aufgaben gerecht zu werden, so konnte es das Stück doch zu keinem Erfolge bringen. — Weit freundlicher wurde die nächste Gabe des Abends, das Lustspiel „Auf der Festung" von C. Borret, aufgenommen, es ist ein militärischer Schwank, dessen Handlung auf der Verwechselung zweier Telegramme beruht. Herr Lamprecht verstand es, als füchselnder Offizierbursche eine heitere Stimmung bei den Zuschauern zu erzeugen. Herr Pettera gab recht charakteristisch einen Festungskommandanten, welcher jeden Menschen dann erst als voll ansieht, wenn derselbe mindestens Reserve-Lieutenant ist. Auch die Herren Striebeck und Janke, sowie die Damen Frl. Brock und Larisch fügten sich trefflich dem Ensemble. — Es folgte die Posse „Die Grammatik" von Franz Wallner, dieselbe erfüllte ihren Zweck, indem sie, dank dem flotten Zusammenspiel der Herren Zesch, Lamprecht, Striebeck und Telchman sowie des Frl. Lindorf, das Publikum ein halbes Stündchen belustigte. Den Schluß bildete das Lustspiel „Der Sang an Aegir" von H. J. Giers; das Stück gewinnt eigentlich nur dadurch an Interesse, daß eine Anzahl Uniformen auf der Bildfläche erscheinen, die zu Grunde liegende Handlung ist ziemlich fade, es handelt sich um einen militärischen Gelegenheitsscherz. Die Darstellung war recht flott, besonders traten die Herren Lamprecht, Zesch, Magener, Telchmann und Knaack und die Damen Frls. Brock und Pauly hervor. R. O. K.

Aus den Provinzen.

(:) **Richtenberg,** 28. Januar. Von einem plötzlichen Tod wurde hierselbst der Nähmaschinen-Reisende Zühr aus Stralsund ereilt. Derselbe traf vorgestern Abend hier ein und hielt mit seinem Wagen am Markt, das Pferd zog plötzlich an und hierdurch fiel Zühr so unglücklich vom Wagen, daß er sich einen Bruch des Genickes zuzog, wodurch der sofortige Tod erfolgte.

|| **Köslin,** 29. Januar. In Neuklenz brannten gestern Nacht die sämtlichen Gebäude des Bauerhofsbesitzers F. Kath vollständig nieder, auch das gesamte Inventar und das Vieh wurde ein Raub der Flammen.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 29. Januar. Dr. Fritz Friedmann scheint mit einem seiner hiesigen Freunde einen regen Briefwechsel zu unterhalten, sonst wäre es kaum möglich, daß gewisse detaillirte Mittheilungen über seine Absichten, sein Befinden u. s. w. veröffentlicht werden könnten, man müßte denn annehmen, daß der verschwundene Rechtsanwalt selbst einem hiesigen Blatte Bericht über den „interessanten Fall Friedmann" liefert. Die neueste Veröffentlichung dieser Art lautet: „Der ehemalige Rechtsanwalt ist durch die Aufregungen der letzten Zeit außerordentlich mitgenommen worden. Er befindet sich in einer sehr prekären materiellen Lage, da seine finanziellen Mittel zu Ende gehen und er von seinem französischen Quartierwirth exmittirt zu werden fürchtet. In seiner Gesellschaft befindet sich nach wie vor das Mädchen, mit dem er die Flucht ergriffen hat. Eine Auslieferung auf Grund des Steckbriefs fürchtet er nicht. Die ihm zur Last gelegten Vergehen sind nicht vorhergesehen in dem zwischen Deutschland und Frankreich geschlossenen Auslieferungsvertrage, so daß er sich auf französischem Boden in voller Sicherheit zu befinden vermeint. Friedmann bestreitet, wie schon früher mitgetheilt, daß er sich vor dem Gesetze strafbar gemacht habe. Er fürchtet auch eine Anklage wegen des fehlenden Depotscheins über 6000 Mark nicht, die ihm als Darlehen, nicht als Hinterlegungs-Objekt gegeben seien. Er sei das Opfer unglücklicher Familienverhältnisse und des hartherzigsten Wuchers. Er habe Accepte einlösen müssen, die er im Voraus dem Gelddarleiher eingesandt habe; der Gegenwerth sei aber nicht erfolgt, sondern auf alle möglichen angeblichen Guthaben verrechnet worden. In gleicher Weise sei er mit Brillanten bereichert worden. Die verschwenderische Lebensweise in seinem Hause, die nicht zuletzt seiner Frau zur Last falle, habe ihn ebenfalls ruinirt; hier sei auch in erster Linie das Motiv zu seiner Flucht zu suchen. An eine Wiedervereinigung mit seiner Frau sei nicht zu denken; er wolle durchaus die Scheidung um jeden Preis! Sobald er dem Strafrichter in Deutschland Rede gestanden habe, werde er das ihn kassirende Urtheil des Ehrengerichtshofs in Leipzig angreifen, das in contumaciam ergangen und wohl anfechtbar sei. Wenn ihm das Schicksal dann nur einigermaßen günstig sei, so hoffe er reichlich Geld zu verdienen und seine Schulden nach Möglichkeit abzustoßen. Soweit die dem „B. B.-C." von gut unterrichteter Seite zugehende Nachricht über die zeitweilige Situation des Flüchtlings. Daß Friedmann übrigens die gegen ihn erhobenen Anklagen als ihm wenig gefahrdrohend bewerthet, zeugt von einer sehr nüchternen Auffassung der Sachlage, in welcher er sich mit anderen juristischen Autoritäten begegnet. Die Schulden, die Friedmann für sich und seine Begleiterin in Frankreich gemacht hat, haben bereits eine ziemlich ansehnliche Höhe erreicht; er hofft jedoch, daß ihm gute Freunde zur Tilgung der Summe beispringen werden. Unterdessen geht hier der Verkauf seiner Hinterlassenschaft weiter. Morgen wird der Rest der gepfändeten Gegenstände versteigert. U. A. gelangen zum Verkauf: 238 Flaschen diverse Weine, circa 200 diverse Bücher poetischen 2c. und 268 Bücher juristischen Inhalts."

— Freiherr v. Hammerstein, dessen Auslieferung nunmehr verfügt ist, dürfte am Donnerstag oder spätestens Freitag Mittag in Berlin auf dem Anhalter Bahnhof eintreffen. Hammerstein, dessen Transport der Kriminal-Kommissar Wolff sowie ein zweiter Beamter zu bewirken haben, wird von Brindisi bis Venedig per Postdampfer gebracht und von dort aus mit dem direkten Zug Venedig-München-Berlin überführt. Für den Transport sind die strengsten Vorsichtsmaßregeln angeordnet; der Freiherr wird keinen Moment unbewacht gelassen. Wie übrigens verlautet, ist ein Aufenthalt von einem Tag in München vorgesehen. Von dort aus soll sich dem Transport ein bereits zu diesem Zweck von hier nach München entsandter dritter Kriminalbeamter anschließen. Im Untersuchungsgefängniß zu Moabit sind die nöthigen Vorkehrungen schon längst getroffen. An amtlicher Stelle wird über den Zeitpunkt der Ueberführung strengstes Stillschweigen bewahrt. Die Familie des Freiherrn v. Hammerstein befindet sich nicht in Oesterreich bei Verwandten, sondern in einer südlichen Hafenstadt Italiens.

— Die „Salzwedeler Nachrichten" melden in Nr. 91: „Die Hof- oder Kettenhunde bedingen bekanntlich eine geringere Steuer, bezw. bedürfen dieselben nur einer Erlaubnißmarke. Wenn aber die Besitzer solcher Hunde nicht halbjährlich von Neuem um eine Marke nachsuchen, so müssen sie ihre Hunde gleich anderen versteuern. Dieser Fall soll mehrfach eingetreten sein und haben die betreffenden Hunde nun den Schaden an ihrem Geldbeutel zu tragen."

Börsen-Berichte.

Stettin, 29. Januar.

Wetter: Bewölkt. Temperatur + 1 Grad Reaumur. Barometer 779 Millimeter. Wind: West.

Weizen etwas matter, per 1000 Kilogramm loko 141,00—153,00, per April-Mai 156,50 B., 156,00 G., per Mai-Juni 157,50 B., 157,00 G., per Juni-Juli 158,00 B. u. G.

Roggen etwas matter, per 1000 Kilogramm loko 120,00—126,00, per April-Mai 126,50 B., 126,00 G., per Mai-Juni 127,50 B., 127,00 G., per Juni-Juli 128,00 B. u. G., per September-Oktober 128,50 B., 128,00 G.

Hafer per 1000 Kilogramm loko pommerscher 111,00—117,00.

Spiritus fest, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 32,7—33—32,8—33 bez., Termine ohne Handel.

Angemeldet: Nichts.

Landmarkt.

Weizen 148—152. Roggen 122—125. Gerste 110—120. Hafer 118—124. Heu 1,75—2,25. Stroh 22—24. Kartoffeln 24—32.

Nichtamtlich.

Petroleum loko 10,65, Kasse 5/12 Prozent.

Berlin, 29. Januar.

Weizen per Januar —,— bis —,—, per Mai 157,50.

Roggen per Januar —,— bis —,—, per Mai 128,50, per September 129,50.

Rüböl per Januar 47,50, per Mai 47,50.

Spiritus loko 70er 34,10, per Januar 70er 38,90, per Mai 70er 39,40, per September 40,30.

Hafer per Mai 122,50.

Mais per Mai 93,50.

Petroleum per Januar 21,00, per Februar 21,00.

London, 29. Januar. Wetter: Schön.

Berlin, 29. Januar. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	105,90
do. do. 3½%	104,90
do. do. 3%	99,30
Deutsche Reichsanl. 3%	99,40
Pomm. Pfandbriefe 3½%	101,10
do. do. 3%	95,90
do. Landescred.-B. 3½%	101,00
Centrallandsch.-Pfdbr. 3½%	101,80
do. 3%	96,00
Italienische Rente	84,80
do. 3% Eisenb.-Oblig.	53,00
Ungar Goldrente	103,40
Rumän. 1881er am. Rente	99,75
Serbische 4% 95er Rente	66,50
Griech. 5% Goldr. v. 1890	—,—
Rum. amort. Rente 4%	87,25
Russ. Boden-Credit 4½%	104,25
do. do. von 1880	102,00
Mexikan. 6% Goldrente	92,50
Oesterr. Banknoten	168,60
Russ. Banknoten Cassa	217,70
do. do. Ultimo	216,75
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	110,10
do. (100) 4%	107,50
do. (100) 4%	102,50
do. unkb. b. 1905 (100) 3½%	101,40
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Emission	103,40
Stett. Vulc.-Act. Litr. B	140,00
Stett. Vulc.-Prioritäten	147,75
Stettiner Straßenbahn	100,75
Petersburg kurz	216,25

London kurz	—,—
London lang	—,—
Amsterdam kurz	—,—
Paris kurz	—,—
Belgien kurz	—,—
Berliner Dampfmühlen	117,00
Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	—,—
„Union", Fabrik chem. Produkte	103,50
Varziner Papierfabrik	164,00
4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	103,50
3½% Hamb. Hyp.-Bank unk b. 1905	101,50
Stett. Stadtanleihe 3½%	102,30

Ultimo-Kourse:

Disconto-Commandit	212,75
Berliner Handels-Gesellsch.	150,80
Oesterr. Credit	231,75
Dynamite Trust	150,80
Bochumer Gußstahlfabrik	159,00
Laurahütte	150,10
Harpener	166,40
Hibernia Bergw.-Gesellsch.	172,20
Dortm. Union St.-Pr. 6%	46,60
Ostpreuß. Südbahn	93,50
Marienburg-Mlawkabahn	79,75
Mainzerbahn	125,60
Norddeutscher Lloyd	107,30
Lombarden	42,90
Luxemb. Prince-Henribahn	68,25

Tendenz: Fest.

Paris, 28. Januar. (Schluß-Kourse.) Träge.

	28.	27.
3% amortisirb. Rente	100,57½	—,—
3% Rente	102,22½	102,22½
Italienische 5% Rente	84,65	84,80
4% ungar. Goldrente	102,75	102,87½
4% Russen de 1889	102,40	102,20
3% Russen de 1891	91,70	91,65
4% unifiz. Egypten	—,—	105,00
4% Spanier äußere Anleihe	61,25	60,87
Convert. Türken	20,65	21,10
Türkische Loose	105,60	106,20
4% privil. Türk.-Obligationen	467,00	469,00
Franzosen	776,00	775,00
Lombarden	—,—	232,50
Banque ottomane	561,25	570,00
„ de Paris	783,00	782,00
Debeers	641,00	641,00
Credit foncier	707,00	707,00
Huanchaca	67,00	67,00
Meridional-Aktien	—,—	—,—
Rio Tinto-Aktien	432,50	429,30
Suezkanal-Aktien	3255,00	3257,00
Credit Lyonnais	782,00	782,00
B. de France	3625,00	3620,00
Tabacs Ottom.	397,00	398,75
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122 5/16	122 5/16
Wechsel auf London kurz	25,21½	25,21
Cheque auf London	25,23	25,22½
Wechsel Amsterdam k.	205,43	205,43
„ Wien k.	205,87	205,87
„ Madrid k.	408,75	407,75
„ Italien	8,00	8,12
Robinson-Aktien	246,00	243,00
4% Rumänier	88,00	—,—
5% Rumänier 1893	98,70	98,00
Portugiesen	25,50	25,50
Portugiesische Tabaksoblig.	—,—	480,00
4% Russen de 1894	66,05	66,20
Langl. Estat.	142,50	141,87
3½% Russ. Anl.	97,10	97,15
Privatdiskont	1¾	1¾

Hamburg, 28. Januar, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg, per Januar 11,67½, per März 11,70, per Mai 11,87½, per August 12,10, per Oktober 11,12½, per Dezember 11,10. Ruhiger.

Hamburg, 28. Januar, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Schlußbericht.) Good average Santos per Januar 69,00, per März 67,25, per Mai 66,00, per September 62,00, per Oktober 60,00, per Dezember 59,00. Matt.

Bremen, 28. Januar. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Besser. Loko 6,15 B. Russisches Petroleum. Loko 6,05 B.

Amsterdam, 28. Januar. Java-Kaffee good ordinary 51,50.

Amsterdam, 28. Januar. Bancazinn 36,50.

Amsterdam, 28. Januar, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen auf Termine beh., per März 161,00, per Mai 162,00, Roggen loko —, do. auf Termine beh., per März 107,00, per Mai 109,00, per Oktober —,—. Rüböl loko —,—, per Mai —,—, per Herbst —,—.

Antwerpen, 28. Januar. Getreidemarkt. Weizen fest. Roggen beh. Hafer beh. Gerste ruhig.

Antwerpen, 28. Januar, Nachm. 2 Uhr — Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 17,25. — Ruhig.

Antwerpen, 28. Januar. Schmalz per Januar 75,75. Margarine ruhig.

Paris, 28. Januar, Nachmittags. Rohzucker (Schlußbericht) fest, 88% loko 29,25 bis 29,75. Weißer Zucker beh., Nr. 3 per 100 Kilogramm per Januar 32,37½, per Februar 32,50, per März-Juni 32,12½, per Mai-August 33,50.

Paris, 28. Januar, Nachm. Getreidemarkt. (Schluß-Bericht.) Weizen fest, per Januar 18,65, per Februar 18,75, per März-Juni 19,35, per Mai-August 19,70. Roggen ruhig, per Januar 11,00, per Mai-August 11,60. Mehl fest, per Januar 40,60, per Februar 40,65, per März-Juni 41,65, per Mai-August 42,55. Rüböl ruhig, per Januar 55,50, per Februar 55,75, per März-April 55,75, per Mai-August 55,00. Spiritus ruhig, per Januar 31,00, per Februar 31,50, per März-April 31,75, per Mai-August 32,50. — Wetter: Bewölkt.

London, 28. Januar. 96proz. Javazucker 13,37, fest. Rüben-Rohzucker loko 11,62, fest. Centrifugal-Kuba —,—.

London, 28. Januar. An der Küste — Weizenladung angeboten. — Wetter: Milder und wärmer.

London, 28. Januar. Chili-Kupfer 42,50, per drei Monat 42,87.

Hull, 28. Januar. Getreidemarkt. Englischer Weizen ½ Sh., fremder Weizen 1 Sh. höher. Wetter: Milde.

Liverpool, 28. Januar. Getreidemarkt. Weizen ½ d. höher, Mehl fest, Mais ½ d. niedriger. — Wetter: Schön.

Glasgow, 28. Januar, Nachm. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 46 Sh. 6 d.

Newyork, 28. Januar. (Anfangs-Kours.) Weizen per Mai 71,25. Mais per Mai 36,37.

Newyork, 28. Januar, Abends 6 Uhr.

	28.	27.
Baumwolle in Newyork	8,25	8,25
do. in Neworleans	8,00	8,00
Petroleum Rohes (in Cases)	8,50	8,50
Standard white in Newyork	7,50	7,50
do. in Philadelphia	7,45	7,45
Pipe line cert. nom.	162,00	161,00
Schmalz Western steam	6,00	6,15
do. Lieferung per Januar	—,—	—,—
Zucker Fair refining Moscovados	3,37	3,37
Weizen willig.		
Rother Winter- loko	76,50	77,37
per Januar	71,50	72,37
per März	72,50	73,37
per Mai	70,50	71,37
per Juli	70,00	71,00
Kaffee Rio Nr. 7 loko	13,25	13,50
per Februar	12,70	12,75
per April	12,15	12,30
Mehl (Spring-Wheat clears)	2,70	2,70
Mais kaum beh., per Januar	36,25	36,62
per Februar	36,00	36,37
per Mai	36,00	36,37
Kupfer	10,00	9,85
Zinn	13,25	—,—
Getreidefracht nach Liverpool	3,00	3,00

Chicago, 28. Januar.

	28.	27.
Weizen willig, per Januar	61,00	61,87
per Februar	61,50	62,37
Mais kaum beh., per Januar	27,50	27,75
Pork per Januar	10,37½	10,62½
Speck short clear	5,35	5,45

Woll-Berichte.

London, 28. Januar. Wollauktion. Preise behauptet.

Wasserstand.

* **Stettin,** 29. Januar. Im Revier 5,40 Meter = 17' 9".

Telegraphische Eisberichte.

Memel, 29. Januar. Seetief von Schmelz bis nach See eisfrei.

Pillau, 29. Januar. Haffschifffahrt geschlossen.

Neufahrwasser, 29. Januar. Hafen und Revier Treibeis, nur für Dampfer passirbar.

Swinemünde, 29. Januar. See und Fahrwasser eisfrei. Haff stellenweise offenes Wasser, mit Eisbrecherhülfe passirbar.

Thiessow, 29. Januar. Nebel.

Wittower Posthaus, 29. Januar. Nebel.

Barhöft, 29. Januar. Nebel.

Warnemünde, 29. Januar. See und Hafen eisfrei.

Warnow, 29. Januar. Fahrrinne für Dampfer passirbar.

Wismar, 29. Januar. Vom Hafen bis Alten Schweden Eisdecke, für Dampfer passirbar.

Travemünde, 29. Januar. Revier stellenweise schwache Eisbildung.

Schleimünde, 29. Januar. Leichte Eisbildung.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 29. Januar. Der „Vorwärts" theilt mit, Finanzminister Miquel sollte am letzten Ordensfeste in den erblichen Adelstand erhoben werden, habe aber diese Auszeichnung mit Rücksicht auf seine früheren politischen Anschauungen abgelehnt.

Paris, 29. Januar. „Patrie" meldet, daß die Haussuchungen bei dem früheren Generalgouverneur Lanessan, bezüglich der Opiumskandale, stattgefunden, ohne ein positives Resultat geliefert zu haben. Die Untersuchung soll, demselben Blatte zufolge, nicht lange dauern, weil der frühere Direktor des „Matin", Edward, dem Untersuchungsrichter zu verstehen gegeben, er könne in diesem Skandal eine sehr hohe Person kompromittiren.

Paris, 29. Januar. „Rappel" veröffentlicht einen sensationellen Artikel, wonach durch das Verhalten des früheren Direktors des „Matin" herausgekommen sei, daß Präsident Faure in den Tonkinskandal ebenfalls verwickelt sein soll, und zwar insofern, als Faure damals Staatssekretär der Kolonien war und den Journalisten wichtige Aufschlüsse über die Konzessionsertheilung gegeben habe. Das Blatt fügt hinzu, daß eine Gruppe Abgeordneter mit dieser Thatsache eine neue Kampagne gegen Faure beginnen wolle.

Rom, 29. Januar. Fürst Ferdinand ist gestern Abend 11 Uhr, ohne daß er im Quirinal oder der türkischen Botschaft einen Abschiedsbesuch abgestattet, abgereist. Der Fürst, welcher vom Papst unter Inkognito eines Herrn Morrat empfangen wurde, verließ denselben tief erschüttert. Der Papst hat ihm Folgendes gesagt: Der Irrthum eines Fürsten in religiösen Dingen sei doppelt tadelnswerth. Sein Fall sei nach den feierlichen Versprechungen, welche er dem Heiligen Stuhl gegeben, ein besonders schwerer und trauriger. Niemals dürfe er hoffen, daß die Kirche seine, um weltlichen Gutes willen begangenen Irrungen gutheißen werde. Das wäre der Kirche eigene Verurtheilung; der Papst werde für ihn beten und von Gott jene Kraft erflehen, deren er zu bedürfen scheine.

Moskau, 29. Januar. Hier werden bereits große Vorbereitungen getroffen für die im Mai stattfindende Krönungsfeier. Auf dem Hodinskischen Felde wird ein prachtvoller Kaiserpavillon im Style des 15. Jahrhunderts gebaut. Daselbst werden auch vier Volkstheater errichtet.